

Vor 30 Jahren zerfiel Jugoslawien. Noch heute hadern die Nachfolgestaaten mit dem politischen Erbe.

STEPHANIE PACK-HOMOLKA

WIEN. Erneuerung und Demokratie – das war der Geist, der Ende der 1980er-Jahre durch Europa wehte. Die Berliner Mauer war bereits gefallen und ebenso der Eiserner Vorhang, als Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit erklärten. Es war der Anfang vom Ende des kommunistischen Vielvölkerstaates Jugoslawien. Und es war der Beginn eines besonders blutigen Staatszerfalls.

Die Rosen von Sarajevo zeugen noch heute davon, wie jene hier im Bild. Mit Romantik haben sie nichts zu tun. Vielmehr markieren sie Einschläge von Geschossen, wie es die Mitte der 1990er-Jahre über drei Jahre fast täglich in der Stadt gab.

Die Belagerung von Sarajevo, der Völkermord von Srebrenica, die mehr als 100.000 Toten infolge der Bürgerkriege – all das lastet auf der kollektiven Erinnerung. Als historisches Faktum akzeptiert ist es trotzdem nicht überall. „Der internationale Konsens, was passiert ist, wird in der Region nicht so vorgetragen“, sagt Florian Bieber, Leiter des Zentrums für Südosteuropastudien an der Universität Graz. Die Geschichtserzählung heute sei nicht anders als vor zwanzig Jahren, Kriegsverbrecher würden als Helden gefeiert, die eigene Nation als Opfer gesehen. Und das nicht nur an den politischen Rändern, „das ist Mainstream“, sagt Bieber.

„Geschichtsaufarbeitung ist keine balkanische Spezialität“, sagt auch Faruk Ajeti vom Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP). Eine Chance auf Versöhnung könne es aber nur geben, wenn alle Seiten die Realität akzeptieren. Aussichtslos ist das aus seiner Sicht nicht. „Der deutsch-polnische Fall zeigt, wie mutige Politiker mit einem liberalen Demokratieverständnis in der Lage sind, auch Entschuldigungen zu äußern.“

Am schwierigsten sind heute die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Dieser war in Jugoslawien eine autonome Provinz, bis Serbenführer Slobodan Milošević 1999 die Aberkennung dieses Status



Offene Wunden auf dem Westbalkan

BILD: WIKIMEDIA COMMONS/PAUL ZIEGLER

erreichte und Militär in der Region stationierte. Von 1998 bis 1999 dauerte schließlich der Kosovo-Krieg, in den letztlich die NATO eingriff.

2008 erklärte der Kosovo seine Unabhängigkeit, die international strittig ist. Selbst fünf EU-Länder erkennen den Staat nicht an – wie Serbien. Seit 2011 führen die Nachbarn aber einen Dialog unter Führung der EU. Ziel ist die „Normalisierung“ der Beziehung. „Das Ende sollte ein verbindliches Abkommen sein, in dem sich die Län-

der bilateral anerkennen“, sagt Ajeti.

Die Gespräche kommen allerdings seit Jahren nicht vom Fleck. Und: „Die jetzige serbische Regierung hat wenig Interesse, das zu ändern“, sagt Balkanexperte Bieber. Die EU-Perspektive sei für Serbien sehr abstrakt und Präsident Aleksandar Vučić ein „Kleinspur-Tito“. Wie der ehemalige jugoslawische Präsident versuche er, durch Kontakte zu vielen – heute zur EU, China und Russland – unabhängig zu bleiben. Und das, obwohl sich Ser-

bien als EU-Beitrittskandidat eigentlich zu einem Block bekenne.

EU-Beitrittskandidaten sind heute auch Nordmazedonien und Montenegro. Die EU sieht bei beiden im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen sowie bei der Sicherstellung der Rechtsstaatlichkeit den größten Reformbedarf. Erledigte Reformen, so die Kritik nicht nur aus der Region, würden von der EU aber zu wenig honoriert, die Beitrittsperspektive daher verschleppet.

Noch kein Beitrittskandidat ist neben dem Kosovo Bosnien-Herzegowina, das noch immer Probleme bei der Staatsverdung hat. Mitverantwortlich dafür ist das Abkommen von Dayton, das dem Land Frieden, aber auch eine komplizierte Verfassung brachte. „Jedes der Völker hat etwas bekommen. Die Serben eine Republik innerhalb des Staates, die Kroaten die Kantonalisierung mit einigen mehrheitlichen kroatischen Kantonen und die Bosniaken den Erhalt der seit Jahrhunderten bestehenden staatlichen Grenzen. All das ist einigermaßen kompliziert, mit 14 Regierungen“, sagt Valentin Inzko, ehemals österreichischer Botschafter in und später internationalerbeauftragter für Bosnien-Herzegowina.

Das Dayton-Abkommen wäre auch mit einem EU-Beitritt nicht zu vereinbaren. Der damit geschaffene

Der blutige Zerfall Jugoslawiens

Das kommunistische Jugoslawien wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und bestand bis 1991 mit den Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien, Montenegro und Mazedonien. Außerdem zählten die autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo dazu.

Am 25. Juni 1991 erklärten sich die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien für unabhängig. Für die Teilrepublik Serbien war das nicht hinnehmbar. Präsident Slobodan Milošević ließ die Panzer der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) anrücken. Zehn Tage dauerte der Krieg in Slowenien, in dem 74 Menschen starben.

In der Folge breitete sich die Gewalt fast auf das ganze Gebiet des ehemaligen Jugoslawien aus. Der Kroatien-Krieg dauerte von 1991 bis 1995, der Bosnien-Krieg von 1992 bis 1995 und der Kosovo-Krieg von 1998 bis 1999. Mehr als 100.000 Menschen kamen ums Leben.

Staat sei ein „hinkendes Gebilde“ hinsichtlich Demokratie, sagt Inzko. Minderheiten dürfen für viele Positionen nicht kandidieren und Bosniaken, Kroaten oder Serben nur, wenn sie in der „richtigen“ Landeshälfte geboren wurden, als Bosniaken etwa in der Republika Srpska. Positiv sieht der Diplomat das Zusammenleben im Alltag. „Auf unterster Ebene funktioniert es gut, je höher man in der Politik kommt, desto schlechter. Politiker leben von den Unterschieden, es gibt aber so viel Gemeinsames“, sagt Inzko.

Das große Gemeinsame, die Vergangenheit im Vielvölkerstaat, wird heute in der Region unterschiedlich gesehen. Die Mehrheit wertet den Zerfall Jugoslawiens laut Umfragen, die vor einigen Jahren gemacht wurden, als Schaden für das eigene Land. Dabei gehe es nicht um Jugoslawien-Nostalgie, sagt Politologe Bieber. „Tatsächlich hat es Jahrzehnte gedauert, nach dem Zerfall wieder auf den Lebensstandard der späten 1980er zu kommen.“ Vorteilhaft sehen nur Kosovaren und Kroaten den Zerfall. Die Kosovaren, weil sie in Jugoslawien immer in der schwächsten wirtschaftlichen Position waren und Albaner diskriminiert wurden. Die Kroaten, weil im dortigen Krieg „die jugoslawische Armee noch unter dieser Bezeichnung kämpfte“, erklärt Bieber.



Quelle: SNA/PA, Grafik: SNA/PA

Neue Generation gibt Hoffnung auf Versöhnung

Seit 30 Jahren sind Slowenien und Kroatien unabhängig. Der Nationalismus ist noch präsent – aber es gibt Umbrüche.

DORINA PASCHER

SALZBURG. Als sich am 25. Juni 1991 die beiden jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien für unabhängig erklärten, war die Freude groß – aber von kurzer Dauer. Zwei Tage später rollten Panzer der jugoslawischen Volksarmee über die neu geschaffenen Grenzen. Wie haben sich Slowenien und Kroatien – beide sind mittlerweile in der EU – untereinander entwickelt?

Slowenien gilt als Musterschüler unter den Ländern Ex-Jugoslawien. „Das Land hat sich in den vergangenen 30 Jahren schnell in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft entwickelt“, sagt Politologe Vedran Džihic. Ein Motivationsfak-

tor war der EU-Beitritt 2004. Ab Juli wird Slowenien die Ratspräsidentschaft zum zweiten Mal übernehmen. Also alles bestens? Nicht ganz.

Der Unabhängigkeitstag wird in Ljubljana unterschiedlich begangen. Die Regierung veranstaltet auf dem Platz der Republik eine Staatsfeier. Nur 500 Meter entfernt, auf dem Prešeren-Platz, wird zu einer Demonstration gegen die Regierung geladen. Laut einer aktuellen Umfrage sind 70 Prozent der Slowenen mit ihrer Regierung unzufrieden.

Der Protest richtet sich gegen den autoritär regierenden Premier Jaka Janša. Er beschimpft Journalisten, übt Druck auf die Justiz aus und verfolgt eine rechte Agenda. „Er verschleibt den Diskurs in Richtung

einer Polarisierung: Wir sind die Guten – die anderen die Bösen“, sagt Džihic vom Institut für Internationale Politik (OIIP). „Das fügt einer Demokratie Schaden zu.“

Der Glanz von Janša, der 1991 eine wichtige Rolle im Widerstand gegen die jugoslawische Volksarmee spielte, ist verblasst. „Die Phase mit Janša ist nur eine Störung“, sagt Džihic. Er ist überzeugt: Nach dem Superwahljahr 2022 – es werden das Parlament, der Staatspräsident und die Lokalbehörden neu gewählt – sei Janša Geschichte. „Slowenien ist zu einer starken Demokratie geehrt“, so der Politologe.

Der Prozess der Demokratisierung dauerte in Kroatien länger. Das lag zum einen am Krieg, zum ande-

ren an dem damaligen Präsidenten Franjo Tuđman, „den viele Kroaten noch heute als „Vater der Nation“ feiern: „Diese Mischung aus nationalem Stolz und autoritärem Herrschaftsstil hat dazu geführt,

In der Politik steht ein Generationenwechsel an

das die Demokratisierung verspätet begann“, sagt Džihic. Nämlich erst nach dem Tod Tuđmans 1999. Die nationale Identität, die erbeuert hatte, war nur schwer mit einer europäischen vereinbar. „Das Gefühl des Europäer-Seins hat in Kroatien keine Wurzeln geschlagen“, sagt Džihic – und das obwohl

Kroatien seit 2013 EU-Mitglied ist.

Es gebe aber Bewegungen, die einen Wandel in Kroatiens Politik ankündigen. So wurde Ende Mai Tomislav Tomasić von der grünen Partei Možemo (übersetzt: „Wir schaffen das“) Bürgermeister von Kroatiens Hauptstadt Zagreb. Den Politikern von Možemo geht es darum, mit alten Seltschaften und der Korruption, vor allem durch die Regierungspartei HDZ, aufzuräumen.

„In der kroatischen Politik hat ein Generationenwechsel stattgefunden“, meint Džihic. Das bietet eine Chance: Zwischen Kroatien und Serbien hat sich bislang keine Versöhnung angebahnt. Dazu brauche es, so der Politologe, einen neuen Dialog – und eine neue Generation.